

Das Presse-Echo der Kanzlerrede

Berlin, 16. Dez. In der Rundfunkrede des Reichskanzlers von Schleicher nehmen fast alle Berliner Blätter ausführlich Stellung. Die „Tägliche Rundschau“ schreibt, man habe selten von einem Chef der Regierung so offene und hart an die Grenze des Brutalen gehende Worte gehört, wie aus dem Munde des Soldaten. Die Wirtschaft, das Parlament, der negative Radikalismus und auch die Jugend hätten manches hören müssen, was vorher nicht gesagt worden sei, und was wichtig sei; nach der spröden und kalten Art Brüning's, nach der schroffen und überheblichen Art Papens sei endlich wieder einmal die Stimme des Volkes zur Geltung gekommen; der General habe ausgesprochen, was heute jeder denke. Die „Germania“ sagt in ihrer „Um anderer Ton“ überschriebenen Stellungnahme u. a., die Rede scheine in allen ihren Teilen zu betonen, daß dieser Kanzler die Aufgabe als seines Amtes beehren und wichtigeren Teil von vornherein erkannt habe. Sie enthalte keinen Vorschlag, der in völliger Verkennung der Sachlage den Vorgängern im Kanzleramt Unrechtigkeit widerfahren lasse.

Die „Germania“ glaubt, daß die gestrige Kanzlerrede die Entspannung und Beruhigung unserer Politik, die schon der Kanzlerwechsel einleitete, weiter fördern werde.

Das sei zumindest kein schlechter Anfang. Der „Tag“ hebt hervor, die nächste Entwicklung werde zu erwarten haben, ob der neue Kanzler mit seiner vorläufigen Haltung — erst wagen, dann wagen — der autoritären Staatsführung eine härtere Stellung für den unausweichlichen Entscheidungskampf gelistet haben werde. Ob er dann die warnenden „Aber“ seiner Programmrede in haarscharferen Taten wandeln werde, sei die Schicksalsfrage, die vor dem Reichskanzler von Schleicher und vor der deutschen Nation stehe. Der „Volksanzeiger“ spricht die Hoffnung aus, daß bei der Ausführung der zur Hebung der Wirtschaftslage geplanten Maßnahmen die Weisheit der Wirtschaftlichen Fernsicht doch weitestgehend angewendet werden.

als Herr von Schleichers Ausführungen zu diesem Punkt es könnten befürchten lassen.

Die „Völkische Zeitung“ bezeichnet die Rede als eine Regierungserklärung ohne hart gezeichnetes scharfes Profil. Ein Reichsprogramm, dessen Dominante die Arbeitsbeschaffung sei; also auf eine gewisse Parrezelt abgestellt. Die Regierung dürfe verlangen, daß man ihr Gelegenheit lasse, nicht nur anzukündigen, was sie wolle, sondern auch zu beweisen, was sie könne. Die „Arbeitszeitung“ würde es für sehr bedauerlich halten, wenn der Reichskanzler die von den ernährteren Vorkämpfern aller Richtungen im Grunde als unvermeidlich erkannten verfassungspolitischen Reformaufgaben in dem Grade in den Hintergrund rücken sollte, wie er es nach seiner Rede zu tun beabsichtigt.

Es werde unerträglich, wenn das Aufbegehren der betroffenen Interessenten die entschlossene Ausräumung des Parteienhautes wirklich verhindern wolle.

Die „D. N. Z.“ stellt als Gesamteindruck fest, daß Herr von Schleicher, der weder im Pathos des Parlamentarier noch im rein militärischen Ton gesprochen habe, eine hochpolitische Rede gehalten habe. Er habe überall das Fernwunder zurückgeschickt, das Gemeinwohl hervorzuheben und sich bemüht, als gerechter Sachverwalter den Ausschlag zwischen den Interessen vorzubereiten. Auch der „Hilfsarbeiter“ hält den Wert für beachtend, den der Reichskanzler nicht nur auf das Richtige, sondern auch auf das wirtschaftliche Vorgehen einer Regierung legte. Zu loben sei, daß er die Verdienste seines Vorgängers ins rechte Licht zu stellen, aber auch auf den Bemühungen Brüning's in der Reparations- und Abrüstungsfrage recht zu werden bestritt gewesen sei. Der „Vorwärts“ hebt hervor, die Veränderung gegenüber dem Papen-Programm liege im wesentlichen nur in der Verhärkung des Antezedens der öffentlichen Arbeitsbeschaffung. Herr von Schleicher habe aus dem Papen-Programm die Teile weggelassen, deren Verlangen heute schon hervorgetreten sei.

Das Schleicher'sche Wirtschaftsprogramm sei ein Programm des Wiederaufbaues des Kapitalismus und stehe im kritischen Gegensatz zu den Plänen der sozialistischen Aktion. Es werde der grundsätzlichen sozial-

litischen Opposition der sozialdemokratischen Partei begegnen.

Die „Deutsche Zeitung“ hebt hervor, Schleicher habe sich in der Hauptsache auf die Andeutung einer wirtschaftspolitischen Linie beschränkt, deren Durchführung nach wie vor unklar bleibe. Er habe schließlich den Nachdruck auf den Satz gelegt, daß er nicht gekommen sei, das Schwere zu bringen, sondern den Frieden. In dieser Hinsicht wolle er wachen, sondern der innere Glaube und darum auch der Wille zum Kampfe geseht. Es habe aber auch die große Linie, ja überhaupt ein geistiges Programm geseht. Die „Hilfszeitung“ weist darauf hin, daß die Rede eine Fülle besonderer Gedanken und Andeutungen enthalte, die näher beleuchtet zu werden verdienten, und beschränkt sich deshalb auf die Wiedergabe des Wortlautes. Das „Berliner Tageblatt“ sagt, das offene Bekenntnis Schleichers, das die autoritäre Staatsführung der Zusammenarbeit mit dem Parlament bedürfe, lasse vermuten, daß er Wert darauf lege, einen anderen Kurs zu steuern, als Herr von Papen.

Der „Völkische Beobachter“ wendet sich gegen die Kritik des Kanzlers an der Reichstagsrede des Alterspräsidenten Brüning und meint, aus ihr spreche die Absicht, die Nationalsozialisten von vornherein zu diskreditieren. Die Fragen, wie der Kanzler die Schwierigkeiten zu überwinden gedenke, seien nicht beantwortet worden, während Diller sich bereit erklärt habe, binnen 48 Stunden ein kurzes Programm über die von ihm beabsichtigten außen-, innen- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen vorzulegen. Der Kanzler habe unerbittliche Redensarten vorgetragen und sein Regierungsprogramm, nirgends sei eine klare Entscheidung, eine entschiedene offene Stellungnahme, überall nur vorsichtiges, taktisches Pavieren.

Englische Blätter

London, 16. Dez. Die Rundfunkrede des Reichskanzlers wird von den maßgebenden konservativen Blättern ausführlich wiedergegeben. Der „Times“-Korrespondent sagt, die Rede sei im wesentlichen ein klarer Ausdruck der Empfindungen eines Soldaten und glühenden Patrioten. „Daily Telegraph“ hebt als vier Hauptpunkte der Rede hervor:

- 1. die Festhaltung friedlicher Absichten, die Billigung der Genfer Verständigung, die Anknüpfung über die Beschaffung von Arbeit und die Zulagerung, daß keine Inflation erfolgen soll.

Der Berliner Korrespondent der „Morning Post“ erklärt, daß der Ton der Ausführungen des neuen Reichskanzlers sich bemerkenswert von dem des Vorgängers unterscheidet. Daraus spreche eine gewisse Würdigung der politischen Einsicht Dr. Brüning's. Die Wirtschaftspolitik, die der Reichskanzler entwickelte, sei die Politik des Papen-Kabinetts, aber durch Erfahrungen geändert. Der Berliner Korrespondent des „New Chronicle“ legt das Hauptgewicht auf die Ausführungen über Arbeitslosigkeit und Arbeitsdienst für die Jugend.

Große Beachtung in Paris

Paris, 16. Dez. Die große Rede, die Reichskanzler von Schleicher am Donnerstagabend im Rundfunk gehalten hat, hat in der Pariser Presse weitestgehende Beachtung gefunden. Wenn auch die Blätter bisher ganz vereinzelt und ziemlich oberflächlich dazu Stellung genommen haben, was insbesondere auf die Beschäftigung mit der Regierungsfrage zurückzuführen ist, so bringen sie doch sehr ausführliche Hinweise aus den Ausführungen des Reichskanzlers. Das „Echo de Paris“ stellt fest, daß die Erklärungen von Schleicher keine Sensation gebracht hätten. Sein Programm sei genau so wie es diejenigen erwartet hätten, die ihn und seine früheren Meinungsäußerungen kannten. Das „Petit Journal“ ist der Auffassung, daß die Erklärungen von Schleicher von der Öffentlichkeit mit Vergnügen aufgenommen würden. Der Kanzler habe niemand angegriffen und nichts versprochen. Er habe geschickt Fomeln vermieden, die einen Teil der Wählermassen gegen ihn aufgebracht haben würden. Auf seinen eigenen Wunsch werde man ihn nach seinen Handlungen, nicht nach seinen Reden beurteilen müssen.

Drei neue Verfügungen Dillers

München, 16. Dez. Die Nationalsozialistische Korrespondenz veröffentlicht heute drei weitere Verfügungen Adolf Dillers zur Durchführung einer erhöhten Schlichtungs- und nationalsozialistischen Bewegung. In der ersten Verfügung wird angeordnet, daß bei der Reichsleitung eine politische Zentralkommission gebildet wird, um die höchste Einheitsfront in der Durchführung des politischen Kampfes sicherzustellen. Zu ihrem Vorsitzenden wird Rudolf Geß bestimmt. Die politische Zentralkommission umfasst drei Kommissionen. Die erste Kommission dient der Beratung und Überwachung der nationalsozialistischen parlamentarischen Arbeit in den Landesparlamenten und Kommunen. Die zweite Kommission zur Überwachung der nationalsozialistischen Presse erhält als Vorsitzenden Dr. Dietrich. Ferner wird eine Kommission für Wirtschaftsfragen eingerichtet, die eine Unterkommission für Wirtschaftspolitik unter dem Vorsitz von Walter Funt und eine Unterkommission für Arbeitsbeschaffung unter dem Vorsitz von Gottfried Feder erhält.

Die Aufgaben der politischen Zentralkommission bestehen in der Beratung aller Parteifunktionen

auf den durch die politische Generalkommission vertretenen Gebieten, in der Überprüfung aller für die Öffentlichkeit bestimmten parteiamtlichen Verlautbarungen der NSDAP, in der Überprüfung aller Anträge von grundsätzlichem Charakter der nationalsozialistischen Vertretungen in den Landesparlamenten und Kommunen.

Durch eine weitere Verfügung werden die wirtschaftspolitische Abteilung und der Reichswirtschaftsrat der NSDAP aufgelöst. Eine dritte Verfügung bestimmt, daß der Kampf um den gewerblichen Mittelstand unter der Leitung von Reutebusch neu organisiert wird.

Erklärung Rubes zur Schleicher-Rede

Berlin, 16. Dez. Der Preussische Landtag erledigt in seiner heutigen Sitzung zunächst kleine Vorlagen. Dann beginnt die große kulturpolitische Aussprache. Beim Abschnitt „Allgemeines“ erhält zunächst Abg. Rube (Natio.) das Wort. Er beginnt seine Ausführungen mit einer Erklärung, in der es heißt:

Der General von Schleicher hat in seiner gestrigen Rundfunkrede Bemerkungen gegen den verehrungswürdigen Alterspräsidenten des Reichstages und des Preussischen Landtages, General Hymann, gemacht, die auf das schärfste zu widersprechen werden müssen. Wenn auch die historische Persönlichkeit Hymann weit über derartige Angriffe steht, bleibt es doch tiefbedauerlich, daß ein unbekannter Major des Reichstages mit diesen Angriffen nicht gegen den Alterspräsidenten des Deutschen Reichstages und des Preussischen Landtages, sondern auch gegen den weit älteren und verehrungswürdigeren Kameraden und seinen ihm weit überlegen militärischen Führer Stellung genommen hat. Das zum Ausdruck zu bringen, halte ich mich als Fraktionsführer der Nationalsozialisten für verpflichtet.

800 000 Morgen Gesamtsiedlungsland

Berlin, 16. Dez. Amtlich wird mitgeteilt: „In der gestrigen Reichskanzlerrede in folgender redaktioneller Fehler zu berichtigen: In der Provinz Ostpreußen werden der Siedlung 800 000 Morgen (nicht 800 000 Morgen) zugeführt.“

Die von ausländischer Stelle in Ergänzung der Ausführungen des Kanzlers über die Siedlung mitgeteilt wird, wird außer in den vom Kanzler genannten Siedlungsgebieten Ostpreußen, Grenzmark, Polen-Bezirk, Pommern und den beiden Mecklenburg auch in anderen Gebieten Deutschlands, insbesondere in den beiden Schichten gedeckelt werden. Für die beiden Schichten konnten etwa 200 000 Morgen in Frage, so daß das gesamte zu beschließende Gebiet in Deutschland auf etwa 800 000 Morgen geschätzt wird.

5000 Zentner Zucker für die Winterhilfe

Berlin, 16. Dez. In diesen Tagen wurde die große Zuckerspende, die der deutschen Liga der freien Wohlfahrtsvereine vom Verein der Deutschen Zuckerindustrie für die Winterhilfe übergeben wurde, den Landes- und Provinzialarbeitsgemeinschaften der Winterhilfe zur weiteren Verteilung zugewiesen. Die Spende umfasst nahezu 5000 Zentner im Werte von über 150 000 Mark. Der Zucker ist vornehmlich zur Verwendung in Volkspfeisungen der Winterhilfe bestimmt.

Sofortige Hilfe für das Schankwirts- und Saalgewerbe!

Ein deutschnationaler Landtagsantrag

Folgender Antrag zur Rettung des Schankwirts- und Saalgewerbes ist von der deutschnationalen Fraktion im Sächsischen Landtag eingebracht worden:

„Der wirtschaftliche Zusammenbruch hat in ganz besonderem Maße auch das Schankwirts- und Saalgewerbe in Sachsen betroffen. Seit Jahren hat eine unerbittliche Steuerbelastung den Zusammenbruch der Betriebe wesentlich beschleunigt. Dazu kommt der Wettbewerb durch eine übermäßige, dem Bedürfnis nicht entsprechende Genehmigung von Schankkonzessionen an Nichtgewerbetreibende. Das Schankwirts- und Saalgewerbe steht somit hinsichtlich der Steuern als auch der Erlaubniserteilung unter Sondergesetzen. Der Zusammenbruch dieses Gewerbes hat einen effektiven Vorkampf zur Folge gehabt, der die Regierung verpflichtet, sofort Maßnahmen zur Rettung zu ergreifen. Es handelt sich in Sachsen um rund 10 000 Berufsangehörige mit rund 50 000 unmittelbar beschäftigten Arbeitnehmern. In diesem Zusammenbruch des Schankwirts- und Saalgewerbes kommt auch die wirtschaftszerstörende Wirkung der Weizinssteuer zum Ausdruck, weshalb die Deutschnationalen Landtagsfraktion bereits am 22. August 1931 die völlige Befreiung der Weizinssteuer gefordert hat. Wir beantragen, der Landtag wolle beschließen: die Regierung zu ersuchen:

1. bei der Reichsregierung und im Reichsrat unter anderweiter Regelung des Finanzausgleichs ausunehmen der Gemeinden folgenden zu beantragen: a) sofortige Befreiung der Gemeindefiskaler, b) sofortige Befreiung der Gemeindefiskaler.
2. durch Verordnung zu verfügen:
 - a) weitgehender Erlass rächendiger Miet- und Realsteuern, soweit der Betroffene nachweist, daß er ohne eigenes Verschulden zahlungsunfähig geworden ist. Als Maßstab für die Höhe des Erlasses ist die veranlagte Umsatzsteuer aus dem Gewerbebetrieb anzunehmen.
 - b) von Zwangsversteigerungen abzusehen, wenn es sich um Steuerrückstände bei unverschuldeter Zahlungsunfähigkeit handelt.
 - c) jede Neuerteilung der Schankerlaubnis von Getränten in Ertrichungsräumen von Waren, Verkaufshäusern und ähnlichem zu verbieten.
 - d) bestehende Genehmigungen zum Ausfuhr von Getränten in Ertrichungsräumen von Waren, Verkaufshäusern und ähnlichem nachzurufen und wesentlich einzuschränken.
 - e) in Ertrichungsräumen musikalische Darbietungen, Tanzveranstaltungen und ähnliches zu verbieten.

Edener über den Welt-Zeppelin-Verkehr

Vortrag im Reichsverkehrsministerium

Berlin, 16. Dez. Bei einem im Reichsverkehrsministerium veranstalteten Vortragabend, bei dem Dr. Hugo Edener über den Verkehr mit Luftschiffen sprach, begrüßte der Reichsminister und Reichsverkehrsminister Freiherr v. Eberhard den Vortragenden und besonders Dr. Edener. Der Minister erklärte, er habe diesen Abend veranstaltet, um einem größeren Kreise die Gedanken nahezubringen, die die ganze Lebensarbeit Dr. Edeners ausfüllen, und um ihm und der Öffentlichkeit gegenüber zu bekunden, welche Bedeutung er dieser Arbeit beimesse. Die Fahrten des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ nach Nordamerika, der Flug um die Welt, die Afrika-Expedition und vor allem die Regelmäßigkeit und Betriebssicherheit der Fahrten nach Südamerika seien

Mehrere des deutschen Ansehens und Einflusses in der Welt

geworden. Für diese Leistungen Dr. Edeners und seinen Mitarbeitern zu danken, sei dem Minister nicht nur amtliche Pflicht, sondern aufrichtiges Herzbedürfnis. Der Minister begrüßte außer Dr. Edener noch Dr. Dürr und Ehrlich, die Hauptkonstruktoren des Luftschiffes Zeppelin, und die Kapitane Lehmann, Flemining, von Schiller und Witzemann. Der Minister schloß: Ich nenne diese Namen, weil sie im ganzen deutschen Volke bekannt sind und weil sich ihre Träger um Deutschland verdient gemacht haben und, wie ich zuverlässlich hoffe, auch weiterhin verdient machen werden.“

Dr. Edener

fährte u. a. aus, daß er die Reihe der großen Fahrten mit dem „Graf Zeppelin“ nicht etwa aus bloßer Freude an einem technischen Experiment oder gar aus Lust an Abenteuer, sondern in der festen Überzeugung durchgeführt habe, daß in dem Luftschiff ein neues, sicheres und auch wirtschaftlich arbeitendes Verkehrsmittel zur Verfügung stehe. Dieses habe der dem starren Luftschiff mit etwas Mittrauen gegenüberstehenden Menschheit etwas Neues zu eröffnen. Schon die früheren großen Fahrten, wie zum Beispiel die Weltfahrt, sei programmäßig ohne Rücksicht auf die Wetterlage zu den lange vorher angezeigten Terminen durchgeführt worden, genau so, wie jetzt die Südamerikafahrten. Von den insgesamt 320 000 Kilometer, die das Luftschiff zurücklegte, seien 200 000 Kilometer auf ozeanischen Fahrten durchgeführt worden. Der Erfolg sei jetzt der,

daß die Regierungen von Brasilien und Spanien gewillt seien, Anlagen zu schaffen, um einen regelmäßigen Verkehr zwischen Deutschland und Brasilien mit Anlaufen von Spanien zu ermöglichen.

Auf der Ostfahrt solle Barcelona angelaufen werden, um Post und Passagiere zu übernehmen, auf der Rückfahrt Sevilla, um dort abzulegen. In den Wintermonaten werde der Betrieb von der spanischen Halle aus erfolgen müssen. Dr. Edener kam dann auf die Frage der Wirtschaftlichkeit zu sprechen und führte aus, daß sehr schnelle Reisen über See mit Geschwindigkeiten von 60 und mehr Seemeilen nur von Luftfahrzeugen, nicht von Seeschiffen gemacht werden könnten, weil die Kosten so schnellere Dampferfahrten, wenn sie technisch überhaupt möglich seien, unerwünscht hoch würden. Freilich würden auch Luftschifffahrten teurer als Seeschiffreisen sein müssen, denn Geschwindigkeit koste immer Geld. Aber ein Mehrpreis würde auch immer gern gezahlt werden, wenn die Fahrten nur als sicher erkannt seien, denn „time is money“ für den Geschäftsmann. Das zeige sich jetzt schon für den Postverkehr, der in steigendem Maße dem „Graf Zeppelin“ übertragen werde. Die Kosten einer Fahrt nach Südamerika würden etwa 60 000 bis 65 000 Reichsmark betragen, wenn wenigstens 18 Hin- und Rückfahrten im Jahre gemacht würden. Aber dieser Betrag würde künftig sehr heruntergehen, sobald man einen Standardtyp bauen könne.

Bei Inbetriebnahme eines zweiten Schiffes würden die Einnahmen verdoppelt werden, während die Ausgaben nur um 10 v. H. wachsen würden.

Zum Schluß führte der Vortragende aus, wie sehr die Fahrten des „Graf Zeppelin“ dazu beigetragen hätten, Deutschlands Ansehen und Stellung im Ausland zu befestigen. Auch die Stärkung des Auslandsdeutschtums und ihr Glaube und Festhalten am deutschen Vaterland sei in hohem Maße durch die Fahrten des „Graf Zeppelin“ gefördert worden, und dieser Glaube in Heimat und Übersee sei nötig, wenn wir wieder den Platz unter den Nationen und erringen wollten, auf den das deutsche Volk auf Grund seiner Tüchtigkeit und seiner wertvollen Charaktereigenschaften Anspruch habe.

Eisenbahnunfall im Würzburger Bahnhof

Würzburg, 16. Dez. Im Bahnhof Würzburg fuhr heute morgen ein D-Zug vor dem Einfahrtssignal auf einen Güterzug auf. 21 Personen wurden leicht verletzt.

Dertle Die Kl...

Die Frage Religionseinführung... (Text is partially cut off)

Im Januar... (Text is partially cut off)

Nach der... (Text is partially cut off)

Wie wir... (Text is partially cut off)

Schwal... (Text is partially cut off)

Ru... (Text is partially cut off)

Morge... (Text is partially cut off)

Son... (Text is partially cut off)